**Anordnung
über den Flugfunkdienst
— Flugfunkordnung — (FFO)
vom 17. August 1982**

Auf Grund des § 68 des Gesetzes vom 3. April 1959 über das Post- und Fernmeldewesen (GBl. I Nr. 27 S. 365) wird im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane folgendes angeordnet:

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Anordnung gilt -

1. für den beweglichen Flugfunkdienst, den Flugnavigation-funkdienst und den Nichtnavigatorischen Ortungsfunkdienst der zivilen Luftfahrt der Deutschen Demokratischen Republik;
2. für sonstige Funkdienste, soweit diese mit dem beweglichen Flugfunkdienst, dem Flugnavigation-funkdienst oder dem Nichtnavigatorischen Ortungsfunkdienst der zivilen Luftfahrt der Deutschen Demokratischen Republik Berührung haben.

(2) Diese Anordnung gilt auch für das Mitführen und Betreiben von Funkanlagen in Luftfahrzeugen aus anderen Staaten im Hoheitsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik.

§ 2

**Vorschriften und Verfügungen
des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen
für den beweglichen Flugfunkdienst**

(1) Außer den Bestimmungen dieser Anordnung gelten die Vorschriften des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen für Funkdienste.¹

(2) Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen gibt Verfügungen für den beweglichen Flugfunkdienst heraus, die für alle Flugfunkstellen verbindlich sind.¹

§ 3

Ausrüstung mit Funkanlagen

Art und Umfang der Ausrüstung der Funkstellen mit Funkanlagen werden vom Minister für Verkehrswesen festgelegt. Der Minister für Post- und Fernmeldewesen ist darüber zu informieren.

§ 4

**Genehmigungspflicht und Beantragung
von Genehmigungen**

(1) Für das Errichten und Betreiben von Funkanlagen, für das Herstellen, den Vertrieb oder den Besitz von Sendern für Funkanlagen besteht Genehmigungspflicht gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 3. April 1959 über das Post- und Fernmeldewesen und den hierzu erlassenen Durchführungsbestimmungen.² Das gilt auch für Änderungen an Funkanlagen, die die Genehmigungsbedingungen berühren.

(2) Die Genehmigungen sind gebührenpflichtig.

(3) Für Funkanlagen ist eine Abnahmebestätigung erforderlich.

(4) Anträge auf Erteilung von Genehmigungen sind beim Ministerium für Post- und Fernmeldewesen zu stellen.

(5) Der Minister für Verkehrswesen ist berechtigt, Funkanlagen für Flugsicherungs-, Navigations- und Ortungsfunkstellen errichten und betreiben zu lassen. Einzelgenehmigun-^{1,2*}

gen zum Errichten und Betreiben dieser Funkanlagen werden vom Minister für Verkehrswesen erteilt.

§ 5

Erteilung und Umfang von Genehmigungen

(1) Für das Erteilen von Genehmigungen ist Voraussetzung, daß die Funkanlagen den Vorschriften des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen für Funkdienste entsprechen.

(2) Mit der Genehmigung zum Errichten und Betreiben von Funkanlagen werden Rufzeichen oder Kennungen sowie Frequenzen zugeteilt.

(3) Der Minister für Post- und Fernmeldewesen kann Genehmigungen befristen, einschränken und ändern. Damit verbundene Kosten haben die Genehmigungsinhaber zu tragen.

(4) Die Genehmigungen werden in Form von Genehmigungsurkunden erteilt. Die Erteilung der Genehmigung ist mit Bedingungen verbunden. Die Genehmigungsbedingungen sind als Bestandteil der Genehmigung für den Genehmigungsinhaber verbindlich.

§ 6

Pflichten der Genehmigungsinhaber

(1) Inhaber von Genehmigungen zum Herstellen von Sendern für Funkanlagen sind verpflichtet,

1. Aufträge zum Herstellen nur entgegenzunehmen, wenn der Auftraggeber eine Genehmigung zum Vertrieb, zum Besitz oder zum Errichten und Betreiben von Funkanlagen nachweist. Dies gilt nicht für Auftraggeber anderer Staaten;
2. nach Fertigung genehmigter Sender oder Baumuster die Prüfung eines Funktions- oder Fertigungsmusters beim Ministerium für Post- und Fernmeldewesen zu beantragen. Die Prüfung ist gebührenpflichtig;
3. die Serienfertigung mustergetreu durchzuführen und alle gefertigten Geräte mit dem Prüfzeichen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen zu versehen;
4. den Verbleib der hergestellten Sender nachzuweisen.

(2) Inhaber von Genehmigungen zum Errichten und Betreiben von Funkanlagen sind verpflichtet, folgende Bedingungen einzuhalten:

1. Die Funkanlagen sind gemäß den Vorschriften des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen für Funkdienste zu errichten.
2. Nach dem Errichten der Funkanlagen ist deren Prüfung bei dem zuständigen staatlichen Prüforgan³ zu beantragen.
3. Die Betriebsfreigabe der Funkanlagen muß auf der Genehmigungsurkunde durch das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen erteilt werden.
4. Die Funkstellen sind gemäß den Bestimmungen dieser Anordnung zu betreiben.
5. Die Prüfbescheinigungen des zuständigen staatlichen Prüforgans über die Ergebnisse von Nachprüfungen sind un- aufgefordert dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen vorzulegen.

(3) Inhaber von Genehmigungen zum Vertrieb von Sendern für Funkanlagen sind verpflichtet,

1. Sender nur an Auftraggeber zu veräußern, die im Besitz einer Genehmigung gemäß § 4 dieser Anordnung sind;
2. den Verbleib veräußerter Sender listenmäßig zu erfassen.

(4) Inhaber von Genehmigungen zum Besitz von Sendern für Funkanlagen sind verpflichtet,

1. die Sender vor unbefugtem Zugriff zu sichern;
2. die Sender jederzeit nachzuweisen.

³ Z. Z. ist das Prüforgan die Staatliche Luftfahrtinspektion der Deutschen Demokratischen Republik.

¹ Diese Verfügungen werden in den vom Ministerium für Verkehrswesen herausgegebenen „Nachrichten für die zivile Luftfahrt der DDR“ bekanntgegeben.

² Z. Z. gilt die Erste Durchführungsbestimmung vom 1. November 1967 zum Gesetz über das Post- und Fernmeldewesen (GBl. n Nr. 110 S. 766).